

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags  
betreffend  
die flächendeckende Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung für die Erarbeitung eines Konzeptes einzusetzen, mit dem die Anreize für illegale Migration und Schlepperkriminalität durch die flächendeckende und einheitliche Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung reduziert werden.

### **Begründung**

Im Jahr 2023 wurden in Österreich 58.686 Asylanträge gestellt. Gemessen an der Einwohnerzahl hatte Österreich die zweitmeisten Asylanträge innerhalb der Europäischen Union zu verzeichnen. Demgegenüber zeigen Zahlen des BMI, dass in mehr als 60 % der entschiedenen Fälle kein tatsächlicher Asylgrund vorlag und die Einreise in die Republik Österreich somit illegal erfolgte.

Um diesen Missständen entgegenzuwirken muss es unser Ziel sein, die Attraktivität Österreichs für Wirtschaftsmigration unter dem Deckmantel des Asylwesens von vornherein auszuschließen. Die flächendeckende Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung ist hierfür ein geeignetes Instrument. Durch sie wird neben der zweckgewidmeten Verwendung der österreichischen Steuergelder für die Versorgung tatsächlich Schutzbedürftiger sichergestellt, dass österreichische Steuergelder weder in die Herkunftsländer der Antragsteller fließen, noch kriminellen Schlepperorganisationen zugutekommen.

Zahlreiche andere europäische Länder haben diesen Ansatz bereits aufgegriffen. So wurden der Sachleistungskarte vergleichbare Systeme bereits in Frankreich, Polen und Portugal umgesetzt. Auch in Deutschland haben sich im November 2023 14 von 16 Bundesländer in einem parteiübergreifenden Schulterschluss auf gemeinsame Standards für die Einführung

einer sog. „Bezahlkarte“ geeinigt. In Bayern startet bereits mit März 2024 der Testbetrieb für die Bezahlkarte.

Die Oö. Landesregierung wird daher ersucht, sich bei der Bundesregierung für die Erarbeitung eines Konzeptes einzusetzen, mit dem die Anreize für illegale Migration und Schlepperkriminalität durch die flächendeckende und einheitliche Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung reduziert werden.

Dies entspricht auch dem in Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Grundversorgung normierten Grundsatz, der eine „bundesweite Vereinheitlichung der Grundversorgung“ vorsieht.

Linz, am 5. März 2024

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Stanek, Dörfel, Naderer, Hiegelsberger, Nell, Lengauer, Grünberger, Ecker, Zehetmair**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr**